

Antrag der Fraktion der FDP**Geopolitik im Kontext der Zeitenwende – die wichtige Arbeit der Jugendoffiziere und -offizierinnen in Schule und Hochschulen weiter ausbauen**

Die Jugendoffiziere und -offizierinnen der Bundeswehr sind erfahrene Referentinnen und Referenten, die deutschlandweit in Schulen und Bildungseinrichtungen die komplexen Herausforderungen einer bündnisorientierten Sicherheitspolitik anschaulich erläutern.

Das Angebot der Jugendoffiziere und -offizierinnen richtet sich vor allem an Lehrerinnen und Lehrer, welche die Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 9 bis 13 unterrichten. Die Jugendoffiziere und -offizierinnen tragen aktiv zur politischen Bildung bei, indem sie aktuelle (welt-)politische Ereignisse analysieren und die Bedeutung von internationalen Organisationen wie der EU, der NATO, der Vereinte Nationen und der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) für Deutschland verständlich vermitteln.

Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Herausforderungen wird deutlich, wie wichtig es ist, bereits Kindern und Jugendlichen in den Schulen umfassend über die globalen Zusammenhänge zu informieren und ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich aktiv mit Fragen der nationalen und internationalen Sicherheitspolitik auseinanderzusetzen.

Als FDP-Fraktion setzen wir uns nachdrücklich dafür ein, die wertvolle Arbeit der Jugendoffiziere und -offizierinnen weiter auszubauen und ihre Zusammenarbeit mit staatlichen Bildungseinrichtungen wie Schulen, Hochschulen und Volkshochschulen zu intensivieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen,

1. die Bürgerschaft (Landtag) erkennt die Bedeutung der politischen Bildung in den Bereichen der internationalen Politik und Sicherheitspolitik an;
2. die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die wertvolle Arbeit der Jugendoffiziere und -offizierinnen der Bundeswehr in ihrer Aufgabe,

eine fundierte politische Bildung zu fördern und das Verständnis für Deutschlands Rolle in der Welt zu vertiefen;

3. eine demokratisch legitimierte Institution wie die Bundeswehr darf nicht aus dem öffentlichen Raum verbannt werden. Daher lehnt die Bürgerschaft (Landtag) eine „Ausladung“ der Jugendoffiziere und -offizierinnen der Bundeswehr bei öffentlichen Einrichtungen oder Veranstaltungen ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die wertvolle Arbeit der Jugendoffiziere und -offizierinnen auszubauen und ihre Zusammenarbeit mit staatlichen Bildungseinrichtungen wie Schulen, Hochschulen und Volkshochschulen zu intensivieren;
2. zu erörtern sowie ein Konzept zu erarbeiten, wie die Zusammenarbeit der Jugendoffiziere und -offizierinnen mit staatlichen Bildungseinrichtungen wie Schulen, Hochschulen und Volkshochschulen vereinfacht und ausgebaut werden kann;
3. innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung der Deputation für Kinder und Bildung über den Stand zu unterrichten.

Prof. Dr. Hauke Hiltz, Thore Schäck und Fraktion der FDP